

Öffentl. Recht

Staat- u. Völkerrecht

Vwaltungsrecht

GG

|| Regem. VR ||

Bas. VR

1-19  
GRe

20<sup>x)</sup>-146  
Staatorganisation  
• Bd- / Ldo  
• Organe

VeruVG'

VeruGO

- Politik
- öf. Bas. R.
- Gewerbe
- Justiz
- Wasser

→ StVO!

- Bodst. R.
- Gewerbe

x) Art. 20 III 2 GG

Art. 19 III GG

Exekutive

Legislative

Judikative

Vollziehende Gewalt

Vo

Va

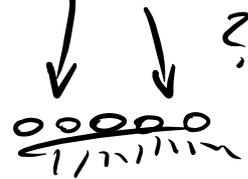
Gesetz

Urteil

Sa

- absolut
- generell

Staat



Bürgerhof

StVG!

§ 1

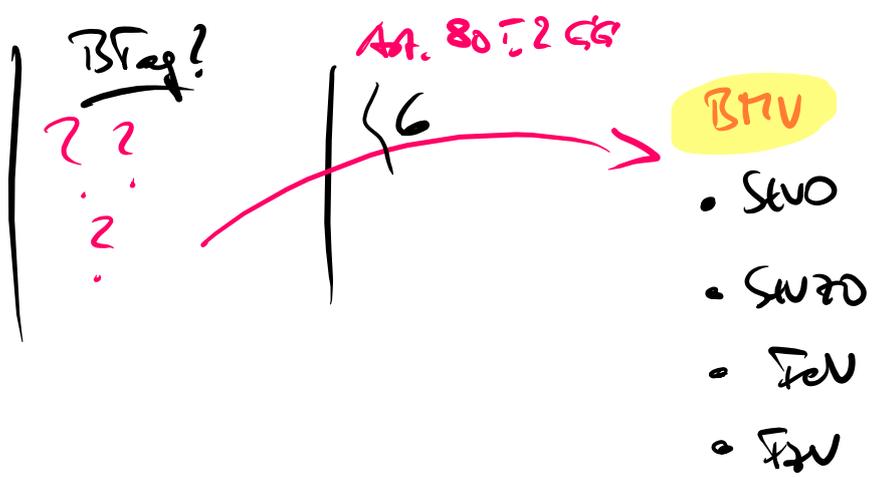
UStE → Zinl.-pfe.

§ 2

Geh. d. Fb  
Pfe. f. USt

A  
B  
C  
D  
E

L  
T



## Straßenverkehrsgesetz (StVG)

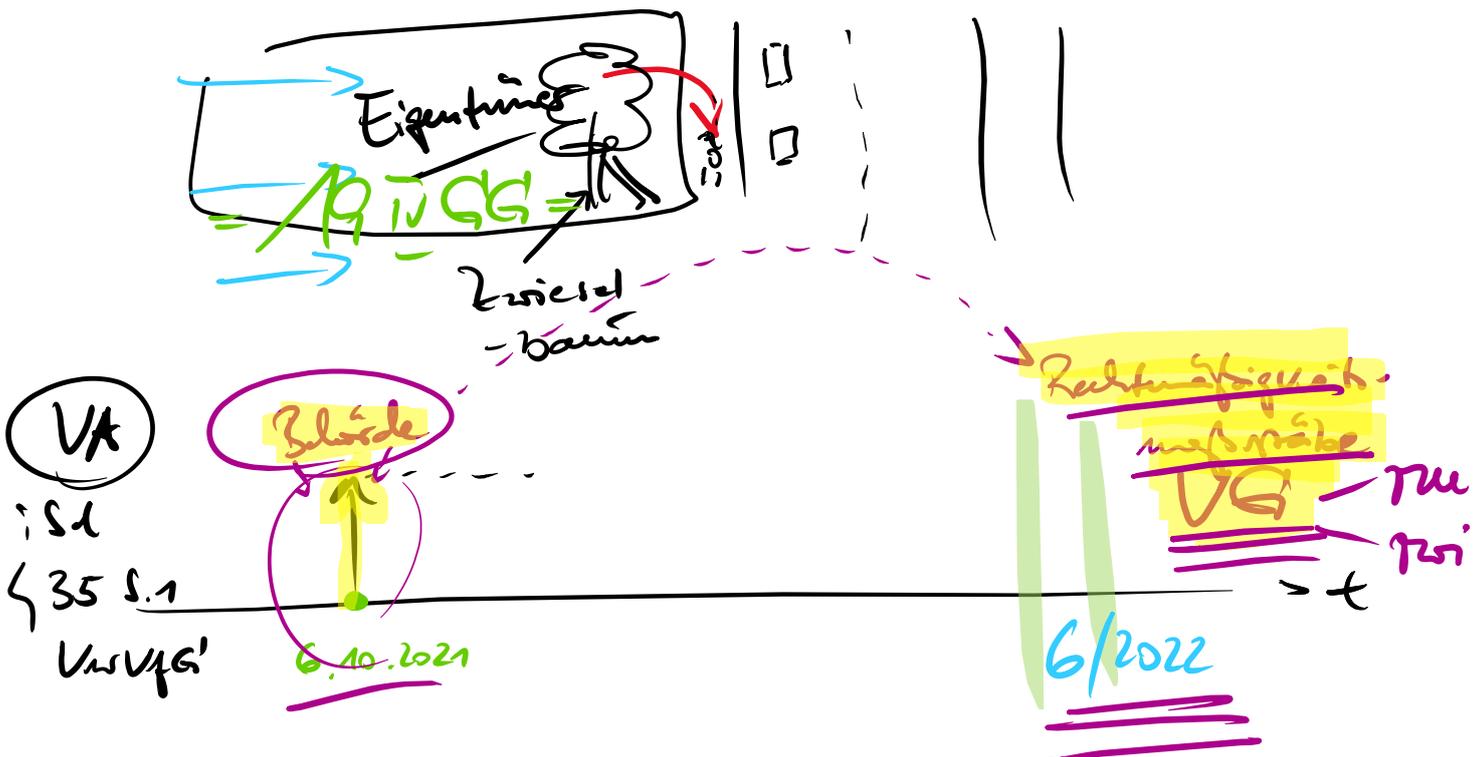
### § 6 Verordnungsermächtigungen

(1) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, soweit es zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen erforderlich ist, Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates über Folgendes zu erlassen:

1.

die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr, insbesondere über

- den Inhalt und die Gültigkeitsdauer von Fahrerlaubnissen, insbesondere unterschieden nach Fahrerlaubnisklassen, über die Probezeit sowie über Auflagen und Beschränkungen zu Fahrerlaubnissen,
- die erforderliche Befähigung und Eignung von Personen für ihre Teilnahme am Straßenverkehr, das Mindestalter und die sonstigen Anforderungen und Voraussetzungen zur Teilnahme am Straßenverkehr,
- die Ausbildung und die Fortbildung von Personen zur Herstellung und zum Erhalt der Voraussetzungen nach Buchstabe b und die sonstigen Maßnahmen, um die sichere Teilnahme von Personen am Straßenverkehr zu gewährleisten, insbesondere hinsichtlich Personen, die nur bedingt geeignet oder ungeeignet oder nicht befähigt zur Teilnahme am Straßenverkehr sind,



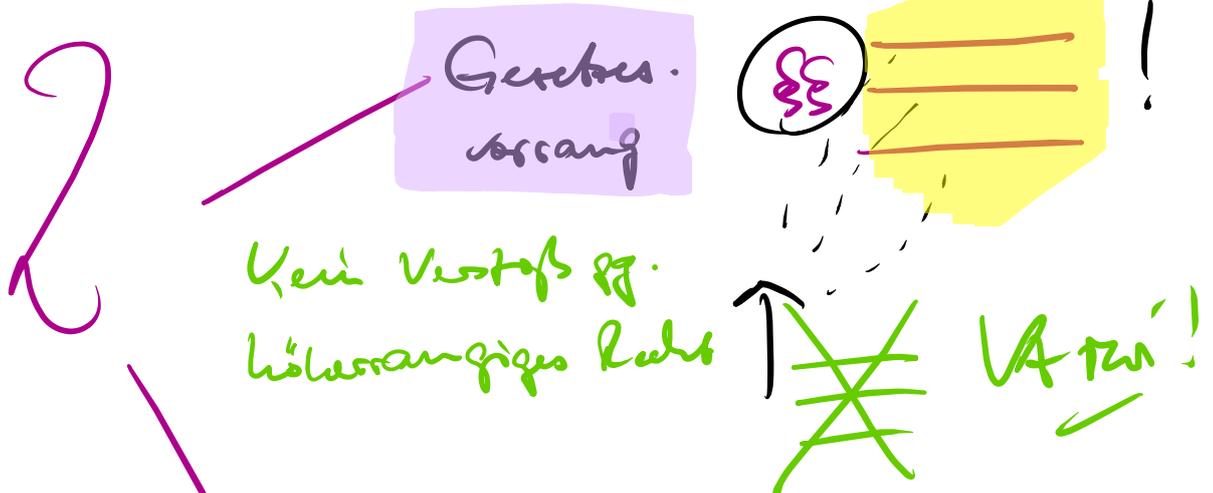
# VwVfG (VerwaltungsverfahrenG)

## § 35 Begriff des Verwaltungsaktes

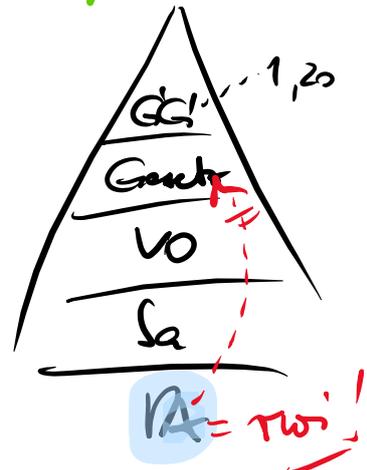
Verwaltungsakt ist jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist. Allgemeinverfügung ist ein Verwaltungsakt, der sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis richtet oder die öffentlich-rechtliche Eigenschaft einer Sache oder ihre Benutzung durch die Allgemeinheit betrifft.

- **Regelung**
- **Einzelfall**
- **Behörde = Organ d. Exekutive**
- **Öff. Recht**
- **unmittelb. Rechtswirkung** } **gerichtet nach außen**

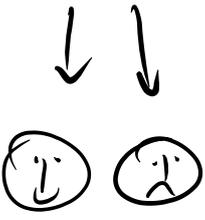
----- } **Verbot**  
} **individuell**



**Gesetzes Vorbehalt**  
Kein Handeln ohne Gesetz

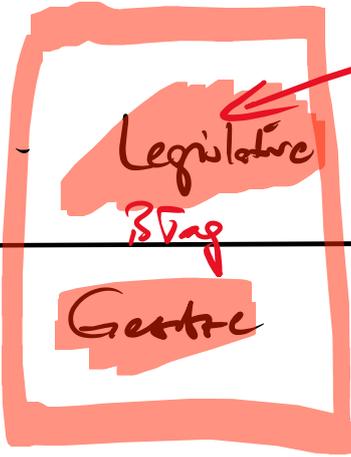


Staat

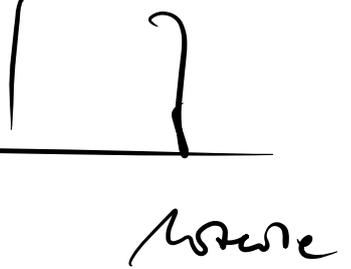


€

Vo  
la  
VA  
---



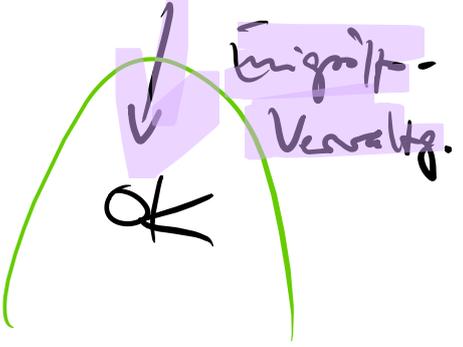
GRs-Relevant



Staat



Staat



gesetzl. Ermächtigungsgesell.

=> Eingriffsbefugnis

Kein Handeln ohne Gesetz

= PolG/Bbg =

§ 1 PNP, BS

§ 2 blaue Uniform

§ 3 -> 1.1.2010

i. Ermächtigungsgesell. ? (-)

ii. Voraussetz.

|- materiell TB

iii. Rechtsfolge

1)

§

2) Voraussetzungen  
= materielle Tatbestände

wenn  $a + b$

=> Erdreich ... kontaminiert  
↳ Grundwasser ...

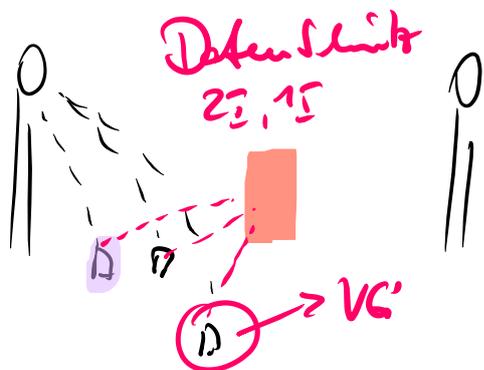
Rechtsfolge

MSI - Catcher

3) Rechtsfolge

dann

X / Y  
Austausch!



BodStG

### § 9 Gefährdungsabschätzung und Untersuchungsanordnungen

(1) Liegen der zuständigen Behörde Anhaltspunkte dafür vor, daß eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt, so soll sie zur Ermittlung des Sachverhalts die geeigneten Maßnahmen ergreifen. Werden die in einer Rechtsverordnung nach § 8 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 festgesetzten Prüfwerte überschritten, soll die zuständige Behörde die notwendigen Maßnahmen treffen, um festzustellen, ob eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt. Im Rahmen der Untersuchung und Bewertung sind insbesondere Art und Konzentration der Schadstoffe, die Möglichkeit ihrer Ausbreitung in die Umwelt und ihrer Aufnahme durch Menschen, Tiere und Pflanzen sowie die Nutzung des Grundstücks nach § 4 Abs. 4 zu berücksichtigen. Der Grundstückseigentümer und, wenn dieser bekannt ist, auch der Inhaber der tatsächlichen Gewalt sind über die getroffenen Feststellungen und über die Ergebnisse der Bewertung auf Antrag schriftlich zu unterrichten.



# Recht

materielles Recht

ProzessR

zivil • BGB

strafR • StGB

öffR => • GewO

• BVerfGG

• WVG

|- LandesverfG

ZPO

StPO

**VwGO**

• Widerspruch

• Klage

• Kl.-arten

- Anfechtungs-kl.

- Verpflichtungs-kl.

- Feststellungs-kl.

• Bescheid

• Revision

VG



**OVG** Beh.-VfG



BVerfG (Leipzig)

**Staat**



**E**

**Vo**  
= **VfA**  
**Se**

nicht-regelndes  
Schlicht-hoheitlich  
Vw-Handeln  
=> Verwaltungs

L



1 Monat

10,-€  
5,-€ VO => abstr./generell

Gebühren-fa = 0  
1-10,-€

200,-  
10,-  
200,-€ UA



VA rechtlich? ?  
rechtsmäßig  
-> unanfechtbar  
-> vollstreckbar

NICHTIGKEIT  
44 Vorufe

Entscheidung  
-> Begründ.  
-> Rechtsmittelbel.  
-> W0!

VO?

VA?

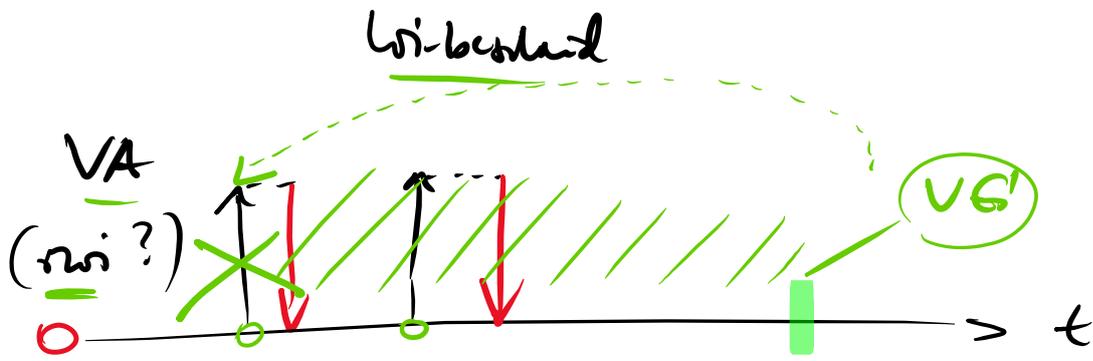
wie lange 7 Jahre!  
-> OVG!  
-> Fristverl.

0,50 €/m<sup>2</sup>  
-> 200,-€

Bauleitplan  
B-Plan

6.10.2021

Kost 1500 0,50 €



$L_{wi}$  Aufstellung -  
 Suspensiv  
 e/fahrt  $(V_{VG}'_0)$   
 (42)

~~=> Vollständigbar <=~~

VA →  
 • Lyderspauk  
 • Aufstellung - Wege

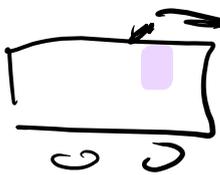
Vo ←

La ←

VG'

Soll.-höhe. Handel ← Fertigstellungs - Lage

Warenrefer



$R_{wi}!$

→ 34,  
 839 BGB

